

PROTOKOLL

über die **14. öffentliche** Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaftsförderung
am **Montag, 2. Dezember 2019**, um **18:00 Uhr**, **Großer Sitzungssaal des Rathau-**
ses Bockenheim

Anwesend:

Ausschussvorsitzender

Herr Horst-Wilhelm Kasten

Stellv. Ausschussvorsitzender

Herr Fabian Thomas

Ausschussmitglied

Herr Karl-Heinz Hodur

Frau Dr. Katja Günther-Schade

Herr Manfred Moschner

Rainer Bode

Katharina Spengler

von der Verwaltung:

Bürgermeister Rainer Block

Frau Kerstin Warnecke

Herr Holger Schrader

Frau Regine Sieber

Zuhörer(innen): 6, Pressevertreter(innen): 2

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
2. Einwohnerfragestunde
3. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung vom 24.09.2019
4. 313/2019 7. Änderung der Satzung über die Erhebung von Beiträgen, Gebühren und Kostenerstattungen für die öffentlichen Abwasseranlagen der Stadt Bockenheim (Entwässerungsabgabensatzung)
5. 307/2019 Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2020
6. Reaktivierung der Bahnlinie 1823 (DB); Antrag der CDU-Fraktion
7. Mitteilungen
8. Anfragen
9. Anregungen

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Ausschussvorsitzender Kasten eröffnete um 18.02 Uhr die 14. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaftsförderung und begrüßte die Anwesenden. Er stellte die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Er erläuterte, dass nach neueren Erkenntnissen die Änderung der Satzung über den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage und deren Benutzung (Abwasserbeseitigungssatzung) entfallen kann und schlug daher vor, die Tagesordnung dahingehend zu ändern, dass der TOP 4 abgesetzt wird und die folgenden Tagesordnungspunkte um eine Stelle vorgezogen werden.

Der so geänderten Tagesordnung wurde einstimmig zugestimmt.

2. Einwohnerfragestunde

Aus der Einwohnerschaft wurden keine Fragen gestellt.

3. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung vom 24.09.2019

Das Protokoll der 13. öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaftsförderung vom 24.09.2019 wurde mit 3 Enthaltungen und 4 Ja-Stimmen genehmigt.

4. 7. Änderung der Satzung über die Erhebung von Beiträgen, Gebühren und Kostenerstattungen für die öffentlichen Abwasseranlagen der Stadt Bockenheim (Entwässerungsabgabensatzung)

Herr Schrader erläuterte, dass im Sportpark Volkersheim im Jahre 1979 eine Kläranlage für die dortigen Wochenendhäuser eingerichtet wurde. Diese wurde bisher vom Verein BffL (Bund für Familiensport und freie Lebensgestaltung e. V.) betrieben. Da sich dieser Verein zum 31.12.2019 auflöst, ist die Stadt Bockenheim per Gesetz verpflichtet, die Kläranlage weiter zu betreiben. Die jährlichen Kosten in Höhe von ca. 15.000 € sind durch eine Gebührenkalkulation auf die Nutzer umzulegen.

Hier schlägt die Verwaltung vor, einen Kostenanteil von 50 Prozent, also ca. 7.500 € auf die Anschlüsse umzulegen (Grundgebühr). Nach dieser Berechnung würde sich eine Gebühr in Höhe von ca. 312,50 € pro Kanalanschluss und 5,77 € pro Kubikmeter Frischwasser ergeben. Die Gebührenkalkulation ist spätestens nach 3 Jahren erneut durchzuführen.

Auf die Frage von Herrn Bode, wer die Kläranlage gebaut hat und wer für einen eventuellen Abriss zuständig ist, antwortete Herr Schrader, dass sie von dem Verein gebaut wurde. Da die Stadt Bockenheim eine kostenlose Nutzungsvereinbarung treffen würde, ist bei einem eventuell nötigen Abriss der Grundstückseigentümer in der Pflicht.

Frau Warnecke wies darauf hin, dass eine Anpassung der Satzung über die Erhebung von Beiträgen, Gebühren und Kostenerstattungen für die öffentliche Abwasseranlagen der Stadt Bockenheim (Entwässerungsabgabensatzung) erforderlich ist, da in dieser die zentrale Abwasserbeseitigung geregelt wird, sich durch die Übernahme der Kläranlage in Volkersheim aber auch eine dezentrale Abwasserbeseitigung ergibt.

Ausschussvorsitzender Kasten las die betreffenden Textzeilen vor.

Ausschussmitglied Hodur fragte an, für wie viele Personen die Kläranlage ausgelegt ist.

Herr Schrader antwortete, dass in diesem Bezug keine genauen Zahlen vorliegen. Da aber der Campingplatz des Sportparks mit eingeplant wurde, stehen genügend Kapazitäten zur Verfügung.

Die Mitglieder fassten folgenden einstimmigen Beschluss:

Die 7. Änderung der Satzung über die Erhebung von Beiträgen, Gebühren und Kosten-erstattungen für die öffentlichen Abwasseranlagen der Stadt Bockenheim (Entwässerungs-abgabensatzung) wird in der vorgelegten Fassung, die dem Originalratsprotokoll beizufügen ist, beschlossen.

5. Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2020

Frau Warnecke stellte den Entwurf der Haushaltssatzung 2020 vor:

- Die Erträge des Ergebnishaushaltes betragen 16.685 Mio. EUR, die Aufwände 16.395 Mio. EUR. Der Überschuss in Ergebnishaushalt wird – bei Berücksichtigen der Beträge auf der Änderungsliste 289.900 EUR betragen.
- Der Schuldendienst kann über die laufende Verwaltungstätigkeit finanziert werden.
- Die Auszahlungen für Investitionstätigkeit wurden mit 3,997 Mio. EUR, die Einnahmen mit 1,633 Mio. EUR veranschlagt. Das Investitionssaldo beläuft sich somit auf 2,333 Mio. EUR. Die veranschlagten Investitionen ergeben sich größtenteils aus den Programmen der ILEK, ISEK, den Maßnahmen der Dorferneuerung Süd, der Beschaffung von zwei Feuerwehrfahrzeugen und dem Straßenausbau des Wohnparks Ost.
- Im Bereich der Investitionen ist keine Kreditaufnahme erforderlich.
- Die Höhe der Tilgung beträgt 662.000 EUR, das Finanzierungssaldo beträgt insgesamt - 1.275.400 EUR.
- Die liquiden Mittel zu Beginn des Jahres 2020 wurden mit 2.122.615 EUR veranschlagt, zum Ende des Jahres mit 847.215 EUR.

Danach erfolgte die Beratung des Haushaltsplanentwurfs. Der Ausschuss beschloss folgende Veränderungen:

1. Photovoltaikanlage im Bockenemer Stadtbad

Zur Einsparung von Energiekosten und zur Förderung des Klimaschutzes wird im Stadtbad eine Photovoltaikanlage installiert. Es ist ein Eigenverbrauch von 80 Prozent geplant, es wird von einer Amortisierung der Anlagen von 7,5 Jahren ausgegangen. Die Kosten betragen 95.000 EUR, die Finanzierung erfolgt über eine Kreditaufnahme.

2. Umbau DGH Bornum a.H.

Für den Umbau des DGH Bornum werden weitere Mittel in Höhe von 109.000 EUR im Haushaltsplan 2020 bereitgestellt. Die Finanzierung der Maßnahme erfolgt teilweise über die DE Ambergau-Süd. Es entsprechender Förderbescheid liegt vor.

3. Sanierung Turnhalle Bornum a.H.

Für die Sanierung der Turnhalle werden weitere Mittel in Höhe von 130.000 EUR im Haushaltsplan 2020 bereitgestellt. Auch hier erfolgt eine teilweise Finanzierung über die DE Ambergau-Süd.

4. Kläranlage Volkersheim

Für den Betrieb der Kläranlage Volkersheim werden Aufwendungen in Höhe von 15.000 EUR veranschlagt. Eine entsprechende Gebührenberechnung zur Kostendeckung der Anlage wird erstellt.

5. Maßnahmen Ortschaften

- a) Für die Anschaffung eines Gerätehauses für das DGH Bönningen werden 1.000 EUR veranschlagt.
- b) Für die Aufstellung des Wappens der ehemaligen Wilhelm-Busch-Realschule in der Ortschaft Bockenheim werden 5.000 EUR bereitgestellt.
- c) Für die Ortschaft Bornum a.H. werden für die Beschaffung von drei weiteren Papierkörben 300 EUR veranschlagt.
- d) Für die Ortschaft Schlewecke werden ebenfalls 300 EUR für die Beschaffung von drei Papierkörben veranschlagt. Die beantragten Hundekotbehälter sollen nicht installiert werden.

- e) Für die Gestaltung des Turnhallenvorplatzes in Bornum a.H. sind in 2020 die entsprechenden Planungen zu erstellen. Ein Förderantrag zur DE Ambergau-Süd ist dann zum 15.09.2020 zu stellen.
- f) Die Mitglieder des Ausschusses stimmten einstimmig dafür, den barrierefreien Zugang an der Südseite des DGH Jerze, die Sanierung der Toiletten und die Gestaltung des Außenbereiches als Maßnahme der Förderung der Dorferneuerung Ambergau Süd zu beantragen. Der Antrag ist zum 15.09.2020 zu stellen.
Die Ausschussmitglieder sprachen sich einstimmig dafür aus, die Entscheidung über die Mittel für den Außenanstrich des DGH Jerze auf das Haushaltsjahr 2021 zu verschieben.
- g) Der Ausschuss sprach sich einstimmig gegen die beantragten Neubauten/Änderungen der Bushaltestellen in den Ortschaften Jerze und Mahlum aus. Die Maßnahmen sind technisch nicht umsetzbar.

6. Straßenausbauprogramm

Von der Verwaltung erfolgten Erläuterungen zum Ausbauprogramm. Der Rat der Stadt Bockenheim hat in seiner Sitzung am 10.12.2018 für 2019 ein Straßenausbauprogramm beschlossen, das jährlich fortzuschreiben ist. Grundlage für das Ausbauprogramm ist die Prioritätenliste der Straßenzustände. Für das Straßenausbauprogramm werden jährlich 340.000 EUR veranschlagt. In 2019 erfolgte die Sanierung der Straße Wanneweg in Bornum a.H.. Bei den weiteren geplanten Straßen Oberhof, Bleekstraße und Volkersheimer Stieg sind zunächst notwendige Kanalsanierungen vorzunehmen, die nicht über das Straßenausbauprogramm finanziert werden. Die entsprechenden Mittel sind ggf. durch eine Kreditaufnahme bereitzustellen.

Nach eingehender Diskussion im Ausschuss, in der es insbesondere darum ging, die Prioritätenliste nicht zu verändern, bestand Einigkeit darüber, dass im Haushaltsjahr 2020 zwei Straßensanierungen mit den entsprechenden Kanalbaumaßnahmen durchgeführt werden sollen.

Stellv. Ausschussvorsitzender Thomas stellte den Antrag, zunächst die Straßen Volkersheimer Stieg und Bleekstraße zu sanieren und im Haushaltjahr 2020 entsprechende Mittel für die Sanierung der Kanäle in Höhe von 558.200 EUR (392.000 EUR Bleekstraße; 166.200 EUR Kanäle Volkersheimer Stieg) bereit zu stellen. Die Finanzierung erfolgt über eine entsprechende Kreditaufnahme.

Der Antrag wurde vom Ausschuss mit 3 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

Ausschussvorsitzender Kasten stellte danach den Antrag, die Sanierung der Straßen Volkersheimer Stieg und Oberhof als nächstes durchzuführen und Mittel für die Sanierung der Kanäle in Höhe von 420.000 EUR bereit zu stellen (Oberhof 235.000 EUR, Volkersheimer Stieg 185.000 EUR). Eine entsprechende Kreditermächtigung ist zu veranschlagen.

Der Antrag wurde mit 4 Ja-Stimmen und 3 Nein-Stimmen beschlossen.

Die Mitglieder sprachen sich dafür aus, die Kanalsanierung der Bleekstraße in die Finanzplanung 2021 aufzunehmen.

Bürgermeister Block merkte danach an, dass von den veranschlagten Mitteln aus den Haushaltsjahren 2019 und 2020 für das Straßenausbauprogramm nach Sanierung der Straßen Oberhof und Volkersheimer Stieg noch Mittel zur Verfügung stehen würden. Er schlug vor, für das Haushaltsjahr 2020 die notwendige Sanierung der Gehwege Weißdornweg in Höhe von ca. 30.000 EUR und Mahlumer Straße (im Bereich Kreuzung Ortshäuser Straße bis zur Abzweigung zum Stadtbad) in Höhe von ca. 20.000 EUR durchzuführen.

Nach kurzer Beratung fasste der Ausschuss folgenden Beschluss:

Die Sanierung der Gehwege Weißdornweg und Mahlumer Straße soll zunächst im Bauausschuss zu beraten werden. Von der Verwaltung ist eine entsprechende Drucksache zu erstellen.

7. Stellv. Ausschussvorsitzende Thomas merkte an, dass die Anregung zur Diskussion über die Erhöhung der Aufwandsentschädigungen aus Reihen der Gruppe UWG-Fraktion/Grüne kam. Auf Nachfrage von Bürgermeister Block erklärte Ausschuss-mitglied Moschner, dass kein entsprechender Antrag beabsichtigt ist.

Die Ausschussmitglieder sprachen sich einstimmig dafür aus, im kommenden Jahr weitere Gespräche über die Erhöhung der Aufwandsentschädigungen zu führen.

Ausschussvorsitzender Kasten erläuterte, dass der Haushaltsplanentwurf 2020 der Verwaltung eine Festsetzung des Hebesätze für Grundsteuer A und B von jeweils 430 v.H. (bisher 410 v.H.) vorsieht.

Ausschussmitglied Hodur erklärte, dass aufgrund eines mehrheitlichen Fraktionsbeschlusses der SPD-Fraktion beantragt wird, die Grundsteuer A auf 450 Prozentpunkte und die Grundsteuer B auf 430 Prozentpunkte festzusetzen. Ein im Jahr 2019 entstandene Diskrepanz im Vergleich der Grundsteuer A zu Grundsteuer B soll dadurch im kommenden Jahr aufgeholt werden. Bürgermeister Block gab zu bedenken, dass es unüblich ist, die Grundsteuer A mit höheren Prozentpunkten zu erheben als die Grundsteuer B.

Stellv. Ausschussvorsitzender Thomas hielt es für unverständlich, dass die Verwaltung einen Antrag zur Veränderung der Hebesätze stellt. Er sprach sich dafür aus, die Hebesätze im Vergleich zur Haushaltssatzung 2019 nicht zu verändern.

Ausschussvorsitzender Kasten bat um Abstimmung über die einzelnen Anträge:

1. Vorschlag der Verwaltung: Die Hebesätze der Grundsteuer A und B werden auf je 430 Prozentpunkte festgesetzt.
Der Antrag wurde durch die Ausschussmitglieder einstimmig abgelehnt.
2. Antrag der SPD Fraktion: Der Hebesatz der Grundsteuer A wird mit 450 Prozentpunkte, der Hebesatz der Grundsteuer B wird mit 430 Prozentpunkte festgesetzt.
Der Antrag wurde mit 4 Ja-Stimmen und 3 Nein-Stimmen beschlossen.
3. Antrag der CDU-Fraktion: Die Hebesätze der Grundsteuer A und B werden im Vergleich zur Haushaltssatzung 2019 nicht verändert.
Der Antrag wurde mit 3 Ja-Stimmen und 4 Nein-Stimmen abgelehnt.

Danach bat Ausschussvorsitzender Kasten die Ausschussmitglieder um Abstimmung über den Gesamthaushalt für das Jahr 2020.

Die Mitglieder des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaftsförderung fassten einstimmig folgenden Beschluss:

Die Haushaltssatzung der Stadt Bockenem für das Haushaltsjahr 2020 wird in der vorgelegten Fassung, die dem Originalratsprotokoll beigefügt ist, beschlossen. Die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung und das Investitionsprogramm werden angepasst und fortgeführt.

6. Reaktivierung der Bahnlinie 1823 (DB); Antrag der CDU-Fraktion

Zu Beginn der Diskussion merkte der Ausschussvorsitzende Kasten an, dass in den Vorjahren bereits einen Antrag der UWG-Fraktion zur Reaktivierung der Bahnstrecke erfolgt ist.

Herr Kasten gab an, bereits Kontakt mit dem Landtagsabgeordneten Brinkmann aufgenommen zu haben, der sich grundsätzlich positiv zu der Angelegenheit äußerte und in nächster Zeit eine kleine Anfrage mit folgenden Punkten an die Landesregierung stellen:

1. Wie schätzt die Landesregierung den Nutzen der Reaktivierung der Bahnstrecke Derneburg – Bockenem (Linie 1823) ein?
2. Ist die Bahnlinie 1823 grundsätzlich in dem Zustand oder nahe an dem Zustand, um einen Regelpersonenverkehr zu gewährleisten?
3. Wie schätzt die Landesregierung insgesamt die Chancen für eine Reaktivierung der Bahnstrecke Derneburg – Bockenem ein?

Der Ausschussvorsitzende erläuterte, dass sich die Dampfzugs-Betriebs-Gemeinschaft Hildesheim e. V. in Gesprächen zur Unterstützung von Aktivitäten und Veranstaltungen bereit erklärt habe.

Stellvertr. Ausschussvorsitzender Thomas bat darum, den Antrag der CDU-Fraktion ergebnisoffen zu diskutieren. Er stellte heraus, dass vor allem die Nutzung der Bahnstrecke für den Güterverkehr zur Stärkung der Wirtschaft besprochen und geprüft werden sollte. In dieser Hinsicht wäre laut Aussage von Mitarbeitern der HAW Linings ein Abriss des Abstellgleises in der Hindenburgstraße anzustreben.

Ausschussmitglied Hodur fragte an, in wessen Zuständigkeit sich ein Abriss befindet und wer Eigentümer des Grundstückes ist.

Herr Thomas erläuterte, dass im Bereich der Hindenburgstraße mehrere Eigentümer von verschiedenen Grundstücken betroffen wären, unter anderem die Stadt Bockenem und die Deutsche Bahn AG.

Ausschussvorsitzender Kasten sah es als schwer realisierbar an, die Bahnstrecke komplett zu aktivieren. Eine Nutzung für den Güterverkehr würde aber den Schwerlastverkehr auch für das Stadtgebiet Bockenem reduzieren.

Stellv. Ausschussvorsitzender Thomas schlug vor, die Angelegenheit in einem überparteilichen Arbeitskreis zu erarbeiten.

Herr Kasten wies darauf hin, dass der Ratsvorsitzende den Ausschuss für Finanzen und Wirtschaftsförderung mit der Diskussion beauftragt hat.

Im Anschluss an diesen Tagesordnungspunkt wurde die Sitzung kurz unterbrochen.

7. Mitteilungen

Ausschussvorsitzender Kasten teilte mit, dass nach seinen Informationen der Betriebsrat der Tojoda Gosei Meteor im Vorfeld nicht von dem Verkauf informiert wurde. Es ist unsicher, ob weiter eine Tarifbindung bestehen bleiben wird.

8. Anfragen

Stellv. Ausschussvorsitzender Thomas fragte an, ob die erforderlichen 40 % zum Ausbau des Glasfasernetzes im Stadtgebiet erreicht wurden.

Bürgermeister Block antwortete, dass zu Zeit die bei der Deutschen Glasfaser eingegangenen Verträge geprüft werden und erst nach Abschluss der Prüfung eine Aussage getroffen werden kann.

9. Anregungen

Keine

Ausschussvorsitzender Kasten schloss die Sitzung um 19:50 Uhr.

Horst-Wilhelm Kasten
Ausschussvorsitzender

Regine Sieber
Protokollführerin

Rainer Block
Bürgermeister